

Antrag

der Abgeordneten Kay Gottschalk, Sebastian Münzenmaier, Albrecht Glaser, Stefan Keuter, Dr. Bruno Hollnagel, Franziska Gminder, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Joana Cotar, Siegbert Droese, Dr. Michael Ependiller, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Markus Frohnmaier, Dr. Axel Gehrke, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Johannes Huber, Jens Kestner, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Enrico Komning, Dr. Rainer Kraft, Dr. Lothar Maier, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Volker Münz, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Paul Viktor Podolay, Stephan Protschka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Negativfolgen der Corona-Maßnahmen auf das Gastronomiegewerbe eindämmen – Einen fairen und einheitlichen Umsatzsteuersatz auf Lebensmittel im Gastronomiegewerbe einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Gastronomiegewerbe ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Das lokale Wirtshaus gehört zur Identität des Stadtteils oder des Dorfes unbedingt dazu. In Zeiten des Wirtshaussterbensⁱ, gerade auf dem Land, gilt es zu unterstreichen, dass die Gastronomie zur Lebensqualität vor Ort hinzugehört und diese steigert. Außerdem leistet die Gastronomie aus Sicht des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands e. V. (DEHOGA) einen beträchtlichen Beitrag zur Daseinsvorsorge und ebenso zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In Deutschland gibt es ca. 220.000 Betriebe im Gastronomiegewerbe. Im gesamten Gastgewerbe arbeiten ca. 2,15 Millionen Menschen. Der Großteil davon arbeitet in der Gastronomie. Insgesamt gibt es im Gastgewerbe ca. 54.000 Ausbildungsplätze. Seit 2006 stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Gastronomie und Hotellerie um 285.000 Stellen. Das ist ein Plus von 38,5 Prozent, während die Gesamtwirtschaft im gleichen Zeitraum nur um 18,3 Prozent wuchs.ⁱⁱ

Seit Oktober 2019 läuft zu diesem Thema von der DEHOGA Bayern e. V. eine Online-Petition an den Deutschen Bundestag, die mittlerweile weit mehr als 80.000 Unterzeichner gewinnen konnte. Damit ist das notwendige Quorum von 50.000 deutlich

ⁱ www.dehoga-bundesverband.de/fileadmin/Startseite/05_Themen/Steuer/Mehrwertsteuer/7__auf_Essen.pdf

ⁱⁱ www.fairschmecktsbesser.de/die-initiative

überschritten. Die Forderung ist ein einheitlicher Umsatzsteuersatz auf Lebensmittel, egal ob sie im Supermarkt oder in der Gastronomie im Lokal oder außer Haus verkauft werden.ⁱⁱⁱ

Im Zusammenhang mit den in den Bundesländern aufgrund der Corona-Pandemie beschlossenen Maßnahmen gehen dem deutschen Gastgewerbe bis Ende April 10 Milliarden Euro an Umsatz verloren. Dies kann laut DEHOGA-Hauptgeschäftsführerin Hartges zur Insolvenz von gut 70.000 Betrieben im Gastgewerbe führen, was ein Drittel der gesamten Branche bedeutet.^{iv}

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Umsatzsteuer in Deutschland für Speisen in der Gastronomie fair und für alle einheitlich – über den bisher vorgesehenen Zeitraum 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 hinaus – auf einen Steuersatz von 7 Prozent gesenkt wird, um die Negativfolgen der Corona-Maßnahmen für die deutsche Gastronomie einzudämmen;
2. die Maßnahme nach Ablauf von fünf Jahren seit Inkrafttreten zu evaluieren, auch hinsichtlich der Wirkungen auf die Bürokratiekosten der Unternehmen sowie die Kosten der Verwaltung (im Besonderen durch weniger Umsatzsteuer-Prüfungen in diesem Bereich) und die Evaluierungsergebnisse zu veröffentlichen.

Berlin, den 5. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von sieben Prozent beim Verkauf von Lebensmitteln würde endlich Schluss machen, mit den teilweise unsinnigen Regelungen im geltenden Umsatzsteuerrecht. So wird heutzutage die Bockwurst beim Fleischer zum Mitnehmen mit sieben Prozent versteuert, während die gleiche Bockwurst mit 19 Prozent versteuert wird, wenn der Gast die Speise im Lokal einnimmt.

In der Öffentlichkeit wird das Problem mit den für die Allgemeinheit völlig undurchschaubaren Steuersätzen als sogenanntes „Offshore-Schnitzel“ beschrieben.^v

Hier wird erklärt, dass in einem Restaurant der Verzehr eines Schnitzels mit 19 Prozent versteuert wird. Wird das Schnitzel zum Mitnehmen bestellt und außerhalb des Restaurants verzehrt, wird dieses nun stattdessen mit sieben Prozent versteuert. Anders verhält es sich wiederum, wenn das Schnitzel im Restaurant bestellt und im Außenbereich des Restaurants verzehrt wird. In diesem Fall werden nun 19 Prozent Umsatzsteuer berechnet. Sollte man allerdings im Außenbereich sitzen und das Schnitzel für den eigenen Hund bestellen, dann beträgt der Steuersatz wiederum sieben Prozent. Kommt man jetzt auf die Idee, dass das für den Hund bestellte Schnitzel doch selbst gegessen wird, würde dieses eigentlich wieder für 19 Prozent versteuert werden müssen. Isst man es also zum reduzierten Steuersatz, macht man sich der Steuerhinterziehung schuldig. Das sogenannte Offshore Schnitzel ist geboren.

ⁱⁱⁱ www.openpetition.de/petition/online/es-ist-fuenf-nach-zwoelf-rettet-unsere-gasthaeuser-fuer-mehr-porzellan-statt-plastik#petition-main

^{iv} www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/dehoga-70-000-hotel-und-gastronomiebetrieben-droht-insolvenz-a-1306373.html

^v www.youtube.com/watch?v=q79Ftlg4X-M

Solche Kuriositäten sind in Zeiten des steigenden Gasthaussterbens gerade im ländlichen Raum nicht verantwortbar.^{vi} Das Gastronomiegewerbe ist eines der personalintensivsten Gewerbe überhaupt. So kommen auf den gleichen Umsatz in der Gastronomie sechs Mal mehr Mitarbeiter als im Lebensmitteleinzelhandel. Mit einem einheitlichen Umsatzsteuersatz von 7 % würden neue Möglichkeiten^{vii}, vor allem im Bereich der Investitionen eröffnet werden, die nicht nur bestehende Arbeitsplätze langfristig sichern, sondern auch zu mehr Beschäftigung in der Gastronomie beitragen können.

Auch der Bundeswirtschaftsminister sieht in der Absenkung der Umsatzsteuer auf einen einheitlichen Steuersatz von sieben Prozent einen diskussionswürdigen Vorschlag, gerade mit Blick auf die Auswirkungen der Coronapandemie und der zugehörigen Gegenmaßnahmen, die vor allem das deutsche Gastgewerbe besonders hart treffen. So zieht z. B. der Geschäftsführer der Block-Gruppe, Stephan von Bülow eine ernüchternde Bilanz, wenn er davon ausgeht, dass die Branche in diesem Jahr keinerlei Gewinne erwirtschaften wird und stattdessen starke Verluste einfahren wird. Auch ist die Vernichtung des Eigenkapitals ein großes Problem.^{viii} Gerade hier kann eine Absenkung der Umsatzsteuer auf sieben Prozent für alle Lebensmittel eine große Hilfe für das Gastronomiegewerbe geschaffen werden.

^{vi} www.dwif.de/news-events/zahl-der-woche/kpi/item/gasthaussterben-betriebsnachfolge.html

^{vii} www.dehoga-bayern.de/aktuelles/positionen/gleiche-steuern-fuer-essen/

^{viii} www.express.de/news/panorama/restaurantkette-block-house-shutdown-in-deutschland--vernichtet-eigenkapital---36512246

